

Österreich braucht einen Entwicklungsplan

Der NGO-Präsident Johannes Trimmel über die neuen Weltziele und die neue Politik, die es braucht, um sie zu erreichen.

Kann die Welt die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen tatsächlich erreichen?

Johannes Trimmel: Ohne Zweifel sind diese 17 Ziele ein sehr ambitioniertes Programm. Wenn der politische Wille dafür da ist und die politischen Entscheidungen dementsprechend getroffen werden, dann ist es realistisch. Wenn man sich aber zurücklehnt und business as usual betreibt, dann werden die Ziele eine nette Absichtserklärung bleiben.

Was muss die Politik jetzt anders machen, damit es nicht bei einer netten Absichtserklärung bleibt?

Trimmel: Es braucht einen grundsätzlichen Wandel. Wir brauchen uns nur Europa anzuschauen, wo in den letzten Jahren ein Schwerpunkt auf die Wirtschaftspolitik gelegt und die Sozialpolitik ein Stiefkind geworden ist. Wenn man so weitermacht, wird es nicht

„Die Flüchtlingsthematik zeigt, dass nationale Politiken nicht mehr ausreichen.“

Johannes Trimmel
(Präsident von Concord)

gehen. Wir brauchen eine gut abgestimmte Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Eine Politik, die nicht von kurzfristigen Interessen wie Wahlerfolgen und nicht von nationalen Eigeninteressen geprägt ist, sondern den Blick auf das globale Ganze richtet. Gerade die Flüchtlingsthematik zeigt ja, dass nationale Politiken nicht mehr ausreichen.

Ist es realistisch, dass Politiker über die Dauer ihres Mandats hinausdenken?

Trimmel: Es ist zumindest das, was ich mir erwarte. Wir erleben viel zu oft, dass Probleme, denen wir heute begegnen und die unlösbar erscheinen, ihre Ursache in falschen oder nicht weitreichenden Entscheidungen vor zehn oder 15 Jahren haben. Diese

Zur Person



Johannes Trimmel ist Präsident von Concord, des europäischen Dachverbands von mehr als 2600 NGOs im Bereich humanitärer Hilfe und Entwicklung.

Erkenntnis ist da, und ich erwarte von Politikern, dass sie daraus Weitsicht entwickeln. Es steckt in den Entwicklungszielen drinnen, dass man dazu einen Konsens entwickeln kann – über politische Bewegungen und kontinentale Grenzen hinweg. Wenn man sich allerdings die momentane Entwicklung anschaut, dann liegt die Chance dafür, dass es so kommt, eher bei 20 Prozent als bei 80 Prozent.

Taugt unser bisheriges System für die Umsetzung der Entwicklungsziele?

Trimmel: Ich glaube nicht, dass das derzeitige Weltwirtschafts-, Umwelt und Sozialsystem eine tragfähige Basis darstellt. Es braucht eine andere Akzentuierung und andere Mechanismen und Prozesse. Eines der Ziele ist zum Beispiel, die Ungleichheit zu verringern, die wir derzeit in unserer Welt haben. Es kann aus meiner Sicht nicht funktionieren, ein System, das Ungleichheiten produziert, dazu zu verwenden, diese Ungleichheiten zu beseitigen.

Sie haben auf dem Tiroler Entwicklungstag gefordert, das Thema Entwicklung vom Außenministerium ins Bundeskanzleramt zu übersiedeln. Warum?

Trimmel: Die Millenniums-Entwicklungsziele waren eine Agenda, die vom reichen

Norden für den armen Süden gemacht worden ist. Sie waren daher logischerweise im Außenministerium angesiedelt. Die jetzigen nachhaltigen Entwicklungsziele hingegen sind von der Ambition her ein Programm, das alle Staaten der Welt gemeinsam entwickeln und umsetzen müssen. Es geht um eine sozial-, wirtschafts- und umweltpolitische Agenda, die innen- und außenpolitische Komponenten hat. Am Klimawandel kann man am besten zeigen, dass man alle Länder an Bord braucht. Wir reden von einer Globalisierung der Politik in allen Bereichen. Das von einer Abteilung im Außenministerium umsetzen zu lassen, übersteigt die dortigen Kompetenzen und deutet darauf hin, dass die Entwicklungsziele nicht als universelles Rahmenwerk betrachtet werden, sondern weiterhin als Agenda vom Norden für den Süden.

Was erwarten Sie sich von der hiesigen Politik?

Trimmel: Dass die Ministerien sich sehr schnell zusammensetzen und überlegen: Was müssen wir tun, um die Ziele zu erreichen? Welche Art von Gesellschaft wollen wir in Österreich? Und wie soll sich eine nationale Politik unter Einbeziehung aller Akteure gestalten? Es braucht einen nationalen Umsetzungsplan. Als größte Gefahr sehe ich, dass man alles herauspickt und als Aktionsprogramm zusammenschreibt, was man ohnehin schon macht.

In welchen Bereichen ist Österreich Entwicklungsland?

Trimmel: Schon das Ziel eins, wo es um Armut geht, hat sicher auch in Österreich eine hohe Relevanz. Wenn man

sich die Statistiken anschaut und die Entwicklung der Ungleichheit, dann gilt es neue Wege zu finden, um zu verhindern, dass Menschen in die Armutsfalle tappen. Außerdem sind wir noch weit davon entfernt, eine inklusive Bildung anzubieten. Auch im Bereich der Förderung von Frauen und Mädchen ist nach wie vor sehr viel zu tun. Dazu nachhaltige Konsumation, Klimawandel, Energie – fast alle Ziele sind auch für Österreich relevant.

Was bedeuten die Ziele für jeden Einzelnen?

Trimmel: Die Ziele bedeuten eine Ermunterung, sich aktiv einzubringen bei den Themen, die tagtäglich in meinem Leben eine Rolle spielen – von Bildung über Arbeit bis zur Umwelt. Eine Ermunterung, eine Politik zu fordern, die nicht nur für die Menschen gemacht wird, sondern auch mit den Menschen. Wenn es keine Mechanismen gibt für Rechenschaftspflicht und für Bürgerbeteiligung, dann besteht eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, dass es bei hohlen Phrasen bleibt.

Das Gespräch führte
Floo Weißmann



Lebensmittelhilfe in Malawi. In 15 Jahren soll kein Mensch mehr hungern, fordern die Vereinten Nationen. Fotos: EPA/Hrusa, iStock; Montage: TT

Wen es betrifft, wer dafür zahlt

New York – Armut und Hunger sollen enden, Bildung, Wasser und würdige Arbeit für alle verfügbar sein: Die Vereinten Nationen haben sich bis zum Jahr 2030 viel vorgenommen. Die insgesamt 17 „nachhaltigen Entwicklungsziele“ (siehe unten) sollen bei der UNO-Vollversammlung Ende September formal beschlossen werden. Sie folgen auf die Millenniums-Entwicklungsziele, die nach 15 Jahren heuer auslaufen.

Die neuen Ziele unterscheiden sich von den alten vor allem dadurch, dass sie alle betreffen. Es gibt keine Unterscheidung mehr zwischen Entwicklungs- und Industrieländern, sondern jedes Land soll seine Hausaufgaben machen und darüber hinaus – nach Möglichkeit – anderen helfen.

„Wir alle müssen an der Umsetzung arbeiten und werden rechenschaftspflichtig sein“, sagte ein österreichischer Diplomat der TT. Aus jedem Land sollen die Regierung und die Zivilgesellschaft dem Wirtschafts- und Sozialrat der UNO regelmäßig über die Fortschritte berichten. Sanktionen sind keine vorgesehen, „aber man geht davon aus, dass

diese peer review (etwa: die wechselseitige Begutachtung) den Druck erhöht“.

Laut Schätzungen, die in Medien kursierten, kostet es weltweit Billionen Dollar pro Jahr, die Ziele zu erreichen. Doch man sollte sich „von den hohen Zahlen nicht erschrecken lassen“, sagte Peter Wolff vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik der TT. Denn bei den Billionenbeträgen handelt es sich nicht um zusätzliche Kosten. Vielmehr gehe es darum, „die Mittel, die zur Verfügung stehen, gut einzusetzen“.

Der Großteil soll ohnehin von Privaten abgewickelt werden. Beispiel: Für die Ernährungssicherheit in Afrika sei es wichtig, dass Bauern und Unternehmen Kredite aufnehmen und in eine ertragreichere landwirtschaftliche Produktion investieren. Die öffentliche Hand müsse dazu die notwendige Infrastruktur bereitstellen, etwa Straßen.

Eine Rolle für die Finanzierung von Entwicklung spielt auch, Korruption und Steuerflucht zu bekämpfen und damit die Kapitalbasis vor allem von armen Staaten zu verbessern. Die klassische Entwicklungshilfe steuert hingegen nur einen Bruchteil zur Finanzierung bei. (floo)

Die nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO

- 1 Armut in all ihren Formen überall beenden.
- 2 Hunger beenden, Lebensmittelsicherheit und verbesserte Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.
- 3 Gesundes Leben sicherstellen und das Wohlergehen für alle Menschen in jedem Alter fördern.
- 4 Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung sichern und die Möglichkeit für lebenslanges Lernen für alle fördern.
- 5 Geschlechtergerechtigkeit und Empowerment (Selbstbestimmung) für alle Frauen und Mädchen.
- 6 Verfügbarkeit und nachhaltiges Management von Wasser und sanitären Einrichtungen sowie Abwassersystemen sichern.
- 7 Zugang zu leistbarer, zuverlässiger, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.
- 8 Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, volle und ertragreiche Erwerbstätigkeit und menschenwürdige Arbeit für alle erreichen.
- 9 Belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovation unterstützen.
- 10 Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern verringern.
- 11 Städte und Siedlungen inklusiver, sicherer, widerstandsfähiger und nachhaltiger gestalten.
- 12 Nachhaltige Konsum- und Produktionsstrukturen sichern.
- 13 Vor-dringlich Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.
- 14 Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung erhalten und nutzen.
- 15 Ökosysteme der Erde schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern. Wälder nachhaltig bewirtschaften, die Verwüstung bekämpfen und unfruchtbares Land wiederbeleben und den Verlust der Biodiversität stoppen.
- 16 Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen

Menschen Zugang zu Justiz ermöglichen und wirksame, zuverlässige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

17 Mittel zu Umsetzung und Wiederbelebung der globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung stärken.

